



Der Hof von Eckhard Heukamp wird zum Klima-Protestcamp. Im Hintergrund erstreckt sich der Tagebau Garzweiler II.

FOTOS (2): TIM WAGNER

DIE 1,5 GRAD-GRENZE VERLÄUFT IM RHEINISCHEN REVIER

Lützerath und der Kampf um die Klimaziele

Will Deutschland das 1,5 Grad-Ziel einhalten, muss es in Sachen Klimaschutz noch schneller vorangehen.

Unbedingt nötig: der zügige Ausstieg aus der besonders umweltschädlichen Braunkohleförderung. Doch wie es im Rheinischen Braunkohlerevier weitergeht, gibt die neue Bundesregierung in die Hände von Gerichten. Ein kleiner Weiler wird so zum Schauplatz des Klima-Widerstands: Lützerath.

von Dennis Zellmann

Landwirt Eckhard Heukamp und seine Mieter*innen sind die letzten Bewohner*innen des kleinen Dorfes Lützerath, gelegen inmitten des Rheinischen Braunkohlereviers. Nebenan, nur noch wenige hundert Meter von seinem Hof entfernt, erstreckt sich der 32 Quadratkilometer große und über 200 Meter tiefe Braunkohletagebau Garzweiler II, betrieben vom Energiekonzern RWE.

Rund 1,2 Milliarden Tonnen Braunkohle lagern hier und sind der Brennstoff für die umliegenden Kraftwerke. Bis Mitte des Jahrhunderts soll laut RWE fast die gesamte Braunkohle gefördert sein. Allein für diesen Tagebau mussten bereits 6 Dörfer weichen, Lützerath soll das nächste sein. Doch Heukamp klagt gegen die Enteignung seines Hofes. Der Tagebau entspräche nicht mehr den Maßgaben der Klimaschutzgesetzgebung.

Kohle für den Klimaschutz im Boden lassen



Im „Übereinkommen von Paris“, besser bekannt als das „Pariser Klimaschutzabkommen“, wurde festgelegt, dass die Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 °C, bestenfalls 1,5 °C begrenzt werden soll. Auch Deutschland hat sich zur Einhaltung dieses Ziels verpflichtet

und will seine Klimapolitik entsprechend ausrichten.

Eine 2021 erschienene Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnet vor, dass dieses Ziel nur dann zu erreichen ist, wenn Braunkohle aus den deutschen Tagebauen im Boden bleibt und nicht verbrannt wird (1). Im Bericht stellen die Forschenden fest: „Weder aus energie-wirtschaftlicher noch aus energiepolitischer Sicht besteht eine Notwendigkeit für einen kompletten Aufschluss des Tagebaufeldes Garzweiler II. Im Gegenteil, die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich grundlegend geändert [...]“. Deshalb regen sie die Schaffung neuer Rahmenbedingungen für die Braunkohleförderung im Rheinischen Revier an.

Im Klartext heißt das, dass maximal 200 Millionen Tonnen Braunkohle aus den Tagebauen Hambach und Garzweiler gefördert werden sollten und somit die Kohle unter Lützerath unangetastet bleiben müsse. Nach aktuellen Plänen von RWE und dem Kohleausstiegsplan der vergangenen Bundesregierung ist hingegen eine Förderung von 780 Millionen Tonnen vorgesehen – und damit auch der Abriss der Gebäude von Lützerath.

Die Lage vor Ort

Heukamp und seine Mieter*innen mögen zwar die letzten Einwohner*innen in Lützerath sein, doch allein sind sie nicht. Schon

vor Monaten ist auf seinem Grundstück ein stetig wachsendes Protestcamp aus Zelten, Baumhäusern und Hütten entstanden. Leerstehende Häuser im Ort wurden von Aktivist*innen besetzt. Regelmäßig finden Führungen und Protestaktionen statt. Der „Widerstand“ speist sich aus einem breiten Bündnis von lokalen Initiativen wie „Alle Dörfer bleiben“, aber auch nationalen und internationalen Organisationen wie „Ende Gelände“ und Greenpeace.

Max Kannenberg, Greenpeace-Aktivist aus Braunschweig, war selbst schon mehrfach in Lützerath. „Es ist unglaublich motivierend, dass sich so viele Menschen gemeinsam RWE entgegenstellen“, berichtet er von seinem Aufenthalt im Protestcamp. „Natürlich halten sich dort nicht permanent hunderte Menschen auf. Viele Helfer*innen bauen aber ständig gemeinsam an der Protestinfrastruktur und schaffen es, tausende zu mobilisieren, wenn Abrissbagger oder Polizei anrücken.“ Greenpeace griff das Gutachten des DIW auf und zog im Oktober bei Lützerath eine symbolische rote Linie. Das war eine von vielen Protestaktionen, die Aktivist*innen verschiedenster Organisationen durchgeführt und so auf Lützerath aufmerksam gemacht haben.

Worüber entscheiden Gerichte?

Die Aktivist*innen vor Ort werfen der neuen Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP vor, die so wichtige Entscheidung über Lützerath, die maßgeblichen Einfluss auf die deutschen Klimaziele hat, in die Hände der Justiz gelegt zu haben. Sie hätten sich ein klares Bekenntnis zum 1,5 Grad-Ziel verbunden mit dem Erhalt Lützeraths gewünscht.

Bei dem juristischen Kampf um Lützerath geht es nun um die Enteignung des Besitzes von Eckhard Heukamp. RWE hat diese beantragt, Heukamp wehrt sich. Das Verfahren wird sich noch hinziehen. Beim



Greenpeace zieht auf der Landstraße 277 vor Lützerath eine symbolische rote Linie: Die Kohle soll für das 1,5 Grad-Ziel im Boden bleiben.

FOTO: GREENPEACE

Verwaltungsgericht Aachen hat RWE deshalb beantragt, aus Gründen betrieblicher Notwendigkeit schon jetzt mit der Räumung beginnen zu dürfen – ohne ein abgeschlossenes Enteignungsverfahren. Ein Einspruch Heukamps dagegen wurde vom Verwaltungsgericht Aachen abgelehnt und liegt nun zur Entscheidung beim Oberverwaltungsgericht Münster. Ursprünglich wollte das Gericht am 07. Januar 2022 über den Antrag entscheiden, musste sich aber vertagen. Zum Zeitpunkt, als dieser Artikel Ende Januar entstand, war es leider noch nicht zu einer Entscheidung gekommen.

Sollte das Gericht dem Antrag von RWE folgen, wird es rasch zu einer verstärkten Besetzung des Ortes durch Klimaaktivist*innen kommen. Szenen wie bei der Räumung des Hambacher Waldes sind dann in den darauf folgenden Tagen oder gar Wochen zu erwarten. Am Ende ist die Räumung jedoch nur eine Frage der Zeit. Die Politik – im Mai sind

in NRW Landtagswahlen – kann dann noch den Abriss Lützeraths und das Abbaggern der Kohle verhindern. Wirkmächtige Bilder, die zum Einlenken der Regierung führen könnten, werden mit Sicherheit im Laufe des Protests entstehen.

Eteilt das Gericht der vorzeitigen Räumung eine Absage, ist erstmal Zeit gewonnen. Der Betrieb des Tagebaus könnte dadurch gestört werden, zumindest ist das stets die Argumentation von RWE. Das Verwaltungsgericht Aachen wird dann im Laufe des Jahres über die eigentliche Enteignung entscheiden und damit schließlich über Deutschlands Beitrag zum Klimaschutz.

Selbst wenn Lützerath am Ende geräumt und abgerissen wird: Der Protest hat bereits erreicht, dass fünf weitere vom Tagebau bedrohte Dörfer erhalten bleiben werden. So steht es im Koalitionsvertrag der Bundesregierung. ◀

Ecki's  **kleine Fahrrad-Welt**

WIR STEHEN IHNEN MIT RAD UND TAT ZUR SEITE

Wir führen exklusiv die Manufaktur-Fahrräder der Extraklasse

 **SIMPLON**

Oststraße 2c · 38122 BS-Broitzem · Tel. 8667451 · www.fahrrad38.de

Anmerkung, Nachweis

(1) https://www.diw.de|diwkompakt_2021-169.pdf

Autor

Dennis Zellmann war viele Jahre Aktiver der Greenpeace Ortsgruppe Braunschweig und bleibt lokalpolitisch engagiert. Unter anderem als Bürgermitglied des Umwelt- und Grünflächenausschusses im Braunschweiger Rat.